

**Gastkommentar.** Die aktuellen Geschehnisse zeigen: Es ist höchste Zeit, dass der Staat seine Glücksspielaktien verkauft.

## Der liberale Staat braucht kein Casino

VON GEORG VETTER

Das Glücksspiel ist nicht nur ein Vergnügen, sondern kann auch ins Gegenteil ausschlagen, sogar zur Sucht werden. Stefan Zweig und Fjodor Dostojewski haben darüber Bestseller geschrieben. Das Gegenmittel sehen Etatisten wie so oft im Staat. Er möge nicht nur das Glücksspiel regeln, sondern sich daran auch beteiligen.

Nunmehr ist diese Strategie offensichtlich schiefgegangen. Es herrscht Krieg zwischen diversen (Ex-)Repräsentanten der Republik – auf Kosten der Steuerzahler. Der Staat ist also doch nicht so gut, wie es sich Plato einst erträumt hat.

Bei aller Vorsicht, die angesichts der ebenso gezielten wie bruchstückhaften und fragwürdigen Informationspolitik der ersten Tage geboten ist, lässt sich eines mit Sicherheit konstatieren: Eine Minderheitsbeteiligung des Staates an einer Aktiengesellschaft lässt sich im Falle strategischer oder personalpolitischer Entscheidungen mit den geltenden Korruptionsstrafbestimmungen schwer unter einen Hut bringen. Die Ausübung von Minderheitsrechten ist in der Politik wie im Geschäftsleben immer mit einem Geben und Nehmen verbunden. Gratisstimmen sind hier wie da eine eher naive Vorstellung. Damit sind wir alsbald im Strafrecht.

### Ein Spieler zweiter Klasse

Was soll also die staatliche Beteiligungsgesellschaft anbieten, wenn sie als Minderheitsgesellschafterin ein Personalpaket akkordieren möchte? Einflussmöglichkeiten auf die Politik, wie sie jeder Staatsbürger etwa im Rahmen des Petitionsrechts hat? Oder ein offenes Ohr bei zuhörfähigen Politikern?

Man kann durchaus der Meinung sein, dass das Planieren politischer Wege verwerflich sei. Dann muss man aber auch konsequent sein und zugeben, dass der Staat in einem solchen Fall ein Mitspieler mit gebundenen Händen wäre. Als Player zweiter Klasse hat die Sache aber keinen

Sinn. Schlussfolgerung: Nimmt man unsere Korruptionsbestimmungen ernst, muss sich der Staat als Mitspieler aus der Wirtschaft herausnehmen – keine schlechte Idee. Wenn der Staat an seinem eigenen Regelwerk erstickt, mag dies ein gutes Argument für die liberale Marktwirtschaft sein.

### Zwei Gefallene im Visier

Munition bildet auch unser unterentwickeltes Aktienrecht. Mangels jeglicher konzernrechtlicher Regelungen ist es für jeden Juristen ein Leichtes, die Mitglieder von Vorständen und Aufsichtsräten irgendwelcher Gesetzswidrigkeiten zu überführen. Wenn in dieser Gemengelage noch zwei tief Gefallene ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten, bieten sich politische Hausdurchsuchungen geradezu an.

Zwar beinhalten derartige Hausdurchsuchungen nicht nur – wie wir seit den BVT-Razzien wissen – in tatsächlicher, sondern auch in rechtlicher Hinsicht aleatorische Elemente. Zur Verbesserung des Rufs der öffentlichen Ankläger sind sie allemal geeignet. Bis ein Höchstgericht erkennt, dass es sich bei diesem Paragrafenschlingel um einen gordischen Knoten handelt, den kaum jemand zu zerschlagen imstande ist, wird noch viel Wasser die Donau hinunterfließen.

Vielleicht ist es eine Ironie der Geschichte, dass gerade jene beiden Politiker, die nun medienwirksam zu Zielscheiben erklärt wurden, sich am vehementesten gegen Privatisierungen unter der türkis-blauen Koalition gewehrt haben. Ohne staatliche Beteiligung am Glücksspiel wären sie nicht in diese Bredouille gekommen.

Der Staat kann nicht gleichzeitig die Regeln machen, Schiedsrichter sein und als Teilnehmer mitspielen. Es ist höchste Zeit, dass der Staat seine Glücksspielaktien verkauft.

Dr. Georg Vetter (geboren 1962 in Wien) ist Rechtsanwalt und Präsident des Clubs unabhängiger Liberaler.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)



## Die Österreichisierung Deutschlands

**Gastkommentar.** Warum wir Deutschen eifrig dabei sind, uns zu „verösterreichern“. Auch wir wollen nur noch unsere Ruhe haben.

VON STEPHAN-GÖTZ RICHTER

Die aktuelle innerdeutsche Debatte über die außen- und sicherheitspolitischen Verpflichtungen der Bundesrepublik lässt im historischen Kontext nur einen Schluss zu: Wir Deutschen sind als Nation eifrig dabei, uns zu „verösterreichern“. Egal, ob es um das Zwei-Prozent-Ziel der Nato für den nationalen Verteidigungsetz der Bündnismitglieder geht oder um die Sicherung der Schifffahrtswege in der Straße von Hormus: Wir wollen überall nur noch unsere Ruhe haben.

Damit befindet sich Deutschland aktuell in einer Gemütslage, wie sie dem Bekunden von Schriftsteller Stefan Zweig (1881–1942) zufolge dem der Österreicher nach dem Ersten Weltkrieg entspricht. Die Menschen der einst mächtigen k. u. k. Nation waren damals so über den Statusverlust und ihren nach 1918 verbleibenden Rumpfstaat pikiert, dass sie sich von der weltpolitischen Bühne am liebsten

ganz verabschieden wollten. (Um den vorherigen großmächtigen Status halb zu bewahren, sprach sich der damalige Zeitgeist laut Zweig in der „Welt von gestern“ übrigens vorzugsweise für ein Unterkommen im Deutschen Reich aus! Aber das war mit den Alliierten natürlich nicht zu machen.)

### Heiko Maas will nicht reden

Nun ist es eine Sache, wenn sich eine Nation wie Österreich von damals sechs (und heute 8,75) Millionen Menschen von der Weltbühne verabschieden will. Eine ganz andere Sache ist es, wenn dies eine Nation wie Deutschland mit heute 82,8 Millionen Menschen tun will, die zudem Europas größte Volkswirtschaft ist.

Aber genau das ist der Kurs, der sich aktuell unter Federführung der SPD-Fraktion vollzieht. Und was tut die ansonsten so durchsetzungsfähige deutsche Bundeskanzlerin? Sie taucht weg. Auch das ist eine Form, die eigene Richtlinienkompetenz, auf die sie

sonst so versessen ist, auszuüben. Früher sagte man mit Blick auf Österreich: Tu felix Austria nube! Andere Nationen mögen Kriege führen, Du, glückliches Österreich, heirate! Mit anderen Worten: Mittels geschickter Heiratspolitik vermochte es die Habsburger Dynastie, ihre machtpolitischen Interessen an vielen Fronten zu wahren.

Obwohl das Konzept aus der Zeit gefallen ist, scheint es dem amtierenden deutschen Außenminister Heiko Maas als Maxime sehr zuzusagen. Seine Anfangstage im Auswärtigen Amt, als er sich mutig gegen einen Kuschkurs gegenüber Moskau aussprach und sich im Interesse von Völkerrecht, Menschenrechten und Demokratie klar positionierte, sind seit langem vergessen. Aus Sicht der SPD-Fraktion und ihrer Ministerpräsidenten in Ostdeutschland war das der Anfängerfehler eines Übermütigen, den man inzwischen sachgerecht wieder eingefangen hat.

Heiko Maas kann indes im Vergleich zum traditionellen

## PIZZICATO

### Rien ne va plus

Wenn man, sagen wir, zuerst in Jesolo Urlaub macht und dann in St. Tropez, muss es ein ziemlicher Kulturschock sein. Ungefähr so, als würde man im umgekehrten Fall zuerst in Tirol bergwandern und dann im Burgenland. Heimische Spitzenpolitiker haben beides in jüngster Zeit ausprobiert.

Wobei erfahrene Globetrotter meinen, St. Tropez sei auch nicht mehr das, was es einmal war. Wahrscheinlich sind auch die Tiroler Berge nicht mehr das, was sie einmal waren.

Dort hat der Parteichef der Sozialdemokraten nun übrigens die Rose auf der Parteizentrale mit seinem Foto überklebt. Gemäß dem Motto „Ein Bild sagt mehr als tausend Rosen“. Der Mann heißt übrigens – Achtung, Mega-Pointe! – Dormauer. Im Burgenland wiederum – und da schließt sich der Kreis – sitzt sein bester Kumpel: Er heißt Dokoziol. Do & Do sozusagen.

Diese Woche hat jedenfalls typisch österreichisch begonnen – mit dem Schnitzel, dem Nationalgericht. Und sie hat auch typisch österreichisch geendet – mit einem Ausflug ins Casino, dort kann man bekanntlich nur auf Rot und auf Schwarz setzen. Gut also, dass die Freiheitlichen dieses Monopol nun endlich aufbrechen wollen. Künftig soll man auch größere Summen auf Blau setzen können. Bis es dann endgültig heißt: Rien ne va plus! (oli)

Reaktionen an: [oliver.pink@diepresse.com](mailto:oliver.pink@diepresse.com)

## LESERPOST

**Leserbriefe bitte an:**  
Die Presse, Hainburger Straße 33,  
A-1030 Wien oder an  
[leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

### Früher hat man Kälber mit Milch gemästet

„Gibt es Schnitzel in Saint-Tropez?“, LA von Oliver Pink, 13. 8. Mit Ihrer Darstellung der Milchviehhaltung ouden Sie sich leider als Städter, der noch nie einen Milchviehbetrieb im Alltag gesehen hat. Lassen Sie sich von einem gelernten Landwirt sagen, dass die tagelang nach Mutter oder Kalb blökenden Rinder nur ein städtischer, anthropozentrischer Mythos sind: Nach Jahrtausenden Domestikation und Jahrzehnten der Hochleistungszucht ist heutigen Milchkühen ihr Kalb ziemlich egal. Und wenn das Kalb satt ist, gilt das auch andersherum. Für die Mutterkuhhaltung braucht es sogar andere Rinderrassen mit bes-

seren Muttereigenschaften als in der Milchviehhaltung.

Dem Kalb wird auch keine Milch vorenthalten: Mit zwei bis vier Litern Milch pro Tag hat es ausreichend Nahrung. Die übrigen zehn oder mehr Liter kann der Mensch guten Gewissens genießen. In Zeiten schlechter Milchpreise ist der Landwirt froh, wenn er Frischmilch an die Kälber verfüttern kann und nicht das teure Milchpulver kaufen muss. Früher hat man Kälber sogar mit Milch gemästet, bis das weiße Kalbfleisch als nicht artgerecht in Verruf kam. Ao. Prof. Dr. DI Thomas Kolbe, 3701 Großweikersdorf

### Bio, regional und günstiger als in Bobostan

„...vom umweltsensiblen Sommerfrischeln“, „Quergehrieben“ von Andrea Schurian, 13. 8. Ich möchte eine kleine Lanze für die Gastronomen in der rauen, Taiga-ähnlichen Wildnis Niederösterreichs brechen. Tatsächlich hält sich die Begeisterung für

Festivalbesucher in Grenzen, die Aussichten auf gute Geschäfte sind eher gedämpft. Das liegt hauptsächlich an den Anreisenden und deren Bedarf.

Natürlich müssen alle angebotenen Nahrungsmittel und Getränke in erster Linie bio und regional sein. Vor allem der Mangosaft, die Hibiscusmarmelade, die in Maracujasaft eingelegeten echten Wildlachsfilets etc. Aufgrund der Grenzlage erwartet man in zweiter Linie selbstverständlich wesentlich günstigere Preise als in Bobostan sowie eine flotte, freundliche Bedienung von einfachen, netten Leuten. Die eher atavistisch anmutenden heimischen Lebensmittel beäugen die Besucher meist misstrauisch. Zuviel Cholesterin, ungesättigte Fettsäuren und höchstwahrscheinlich alle möglichen Schadstoffe aus vergifteten Böden, keine glückliche Tierhaltung usw. Deshalb kapituliert so mancher Wirt und Koch.

Und wenn dann überaus kritische, intellektuelle, leicht überwutzelte Kulturexperten das



Prozedere des früheren österreichischen Herrscherhauses einen wichtigen Unterschied für sich reklamieren: Er will ja gar nicht heiraten, nur reden. Das gilt für ihn selbst dann, wenn er von Sergej Lawrow, dem Schlachtrösser der internationalen Außenpolitik, bei solchen Vorstößen immer rüde abgekanzelt wird. Dann bekommt er zu hören, man solle sich nicht in innerrussische Angelegenheiten einmischen.

Die Wirkungslosigkeit seines Redeunterfangens hält Maas nicht davon ab, es unermüdet zu versuchen. Damit verzweigt er aber nicht nur sich selbst, sondern die gesamte Bundesrepublik. Obendrein trägt er nichts dazu bei, auf russisch-imperialer Seite wenigstens Spurenelemente einer Verhaltensänderung zu bewirken. Das ist angesichts der Garantstellung, die Deutschland im Westen gegenüber Russland innehat, ein eklatantes Versagen.

### Schwer marode Bundeswehr

Wie aber steht es jenseits der Person des amtierenden deutschen Außenministers? Seiner SPD ist nicht nur der strategische Kompass, sondern mittlerweile auch der erforderliche realdemokratische Anstand abhandengekommen. Sie diffamiert das Zwei-Prozent-BIP-Ziel, das von demokratischen Bündnispartnern als Selbstverpflichtung beschlossen wurde, als unzulässige Unterwerfungssattitude unter Donald Trump beziehungsweise als Aufrüstungssatz.

Dass wir dabei in Deutschland eine Bundeswehr haben, die von ihrer Infrastruktur her viel maroder ist, als dies selbst von der Deutschen Bahn bekannt ist, scheint in der SPD niemandem aufgefallen zu sein. Immerhin ist der Fuhrpark der Bahn nicht nur zu zehn Prozent nutzbar, wie dies beim Militär der Fall zu sein scheint. Dass es unter solchen Umständen eine Frage des Selbstrespekts und nicht der Kriegstreiberei ist, die Bundeswehr wieder funktionsfähig zu machen, sollte sich von selbst verstehen. Doch die Zeiten, in denen sich Deutschland

### DER AUTOR



**Stephan-Götz Richter**

(\*1959) lebte viele Jahre in Washington und ist Herausgeber von „The

Globalist“, dem von ihm gegründeten Online-Magazin für globale Ökonomie, Politik und Kultur, und schreibt regelmäßig für „FAZ“, „Handelsblatt“, „NZZ“, „Cicero“, „Süddeutsche“. Man kann ihm auf Twitter folgen: @stegoeri. Mehr Infos unter: [www.stephan-g-richter.de](http://www.stephan-g-richter.de) [Beigestellt]

einer guten Infrastruktur rühmen konnte, sind vorbei. Wie einst die Donaumonarchie lebt das heutige Deutschland immer mehr nur von der Reputation, die es sich zwischen 1949 und 2005 erarbeitete.

### Transatlantische Bruderschaft

Zudem scheint es das aktuelle Ziel zu sein, die deutsche Infrastruktur systematisch in ähnlicher Weise herunterzuwirtschaften, wie dies in den USA seit etwa zwei Jahrzehnten der Fall ist. Das ist freilich eine sehr spezifische Form der transatlantischen Bruderschaft – und zwar eine ziemlich selbstzerstörerische.

Bei alledem darf man die unschöne Tatsache nicht vergessen, dass wir Deutsche dem Anschein nach wieder geneigt sind, als Herrenmenschen auf der Weltbühne hervorzutreten – diesmal wenigstens unter umgekehrtem Vorzeichen. Mit unseren enormen Leistungsbilanzüberschüssen gehören wir zwar zu den großen wirtschaftlichen Gewinnern der aktuellen, abklingenden Globalisierungswelle. Wenn es aber darum geht, die dafür erforderlichen Maßnahmen zu tätigen, werden wir auf einmal ganz scheu. Die Sicherung der Seewege etwa überlassen wir lieber anderen Nationen.

Besonders perfide ist das Manöver, vergangene Schandtatzen rückwirkend zum eigenen Nutzen heranzuziehen. So manch einer meint ernsthaft, dass uns unser Nazi-Erbe anscheinend das Recht gibt, uns nicht länger an Militärmäxern beteiligen zu müssen.

Wir nutzen den Faschismus der Vergangenheit in der Gegenwart als ein Alleinstellungsmerkmal, dass es uns erlaubt, die Ausführung von echten militärischen Operationen unseren Verbündeten zu überlassen. Mit einem solchen, enorm selbstgerechten und vom Nazi-Erbe her gerechtfertigten Zweiklassenrecht werden wir nicht viel länger reüssieren.

### SPD-Flirt mit Moskau treuen

Der SPD ist das alles egal. Sie redet zwar gerne von der Notwendigkeit der internationalen Solidarität, wendet dieses Konzept real aber nur an, wenn es in die eigene Ideologie passt. Nach dem Motto: Außer Reden nichts gewesen.

Nur in einer Sache gibt sich die SPD ganz habsburgisch: Sie ist aktuell offensichtlich bestrebt, mit der unbeschränkt moskautreuen Partei Die Linke eine Koalition zu bilden. Das ist immerhin eine an die Habsburger-Monarchie erinnernde Form der Heiratspolitik – wenn auch in diesem Fall gewiss keine glücklich machende.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

## QUERGESCHRIEBEN

VON ANNELIESE ROHRER



# Alle Opfer, oder was? Warum der Trick im Wahlkampf wirkt

Viele Österreicher sehen sich selbst als Leidtragende von was auch immer. Auch mit der Übernahme von Verantwortung ist es nicht weit her. Die Politik nützt das aus.

Es ist schon reichlich spät, aber bis zur Wahl am 29. September ginge es sich noch aus. Die SPÖ sollte schleunigst ihre Spitzenkandidatin Pamela Rendi-Wagner in eine Opferrolle drängen. Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, dass die Opferkarte das politische Atout in diesem Wahlkampf ist.

Für Rendi-Wagner gäbe es da ein paar Vorschläge: Ihre Klage, in der Partei weniger ernst genommen zu werden als ein Mann, ist ausbaufähig. Nun gut, Frau als Opfer von Männern, die sich selbst den Job nicht antun wollten, wirkt nicht gerade zeitgemäß, wäre aber wirksam.

Sie als Leidtragende der Disziplinlosigkeit von Funktionären von Burgenlands Hans Peter Doskozil abwärts zu präsentieren, hätte einen hohen Wahrheitsgehalt. Schließlich macht der Profiteur der Flüchtlingskrise von 2015 seit Monaten mit seinen Querschüssen und demonstrativem Fernbleiben von Parteiveranstaltungen einen auf Wolfgang Sobotka (ÖVP) vor der Umfärbung von Schwarz auf Türkis – nach dem Motto: Unsere tägliche Brückierung gib uns heute!

Mit der Opferkarte würde Rendi-Wagner zeigen, dass sie sich von den eigenen „Parteifreunden“ nicht alles gefallen lässt. Das wäre in diesem bisher so inhaltsleeren Wahlkampf zumindest auch schon was.

Die Perfektion ihres Gegen- und ÖVP-Spitzenkandidaten Sebastian Kurz wird sie allerdings nicht mehr erreichen. Dieser hat den Wert des Atouts im Spiel um Wählerstimmen schon am 18. Mai erkannt, als er den Bruch mit dem Koalitionspartner FPÖ mit seiner Leidensfähigkeit begründete: Was er nicht alles zu erdulden und zu ertragen hatte.

Seither zieht er als Geschädigter durch die Lande: Von Tal Silberstein, den er immer erwähnen muss; von anonymen E-Mail-Verfassern, die seine Partei zwar ausfindig machen wollte, von denen man aber seither nichts mehr gehört hat; und überhaupt von allen, die seinen Weg auch nur mit einem Hauch von Skepsis sehen. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen, müsste man sich nicht

auch besonders um FPÖ-Klubobmann und Ex-Innenminister Herbert Kickl kümmern. Er geht auf Nummer sicher. Damit niemand bei seiner Amtsführung der letzten 17 Monate auf andere Gedanken kommen kann, gibt er auf Plakaten den Benachteiligten: „Sie sind gegen ihn, weil er Österreich schützen will.“ Ist zwar nicht besonders originell, weil seit Jörg Haider's Tagen schon etwas abgegriffen, aber aus Gründen, die unten angeführt sind, noch immer vielversprechend.

Man kann es aber auch wie Heinz-Christian Strache übertreiben. Sich als „Opfer“ der eigenen Dummheit und Verantwortungslosigkeit (Strache über sich anlässlich des Rücktritts) darzustellen, ist besonders unverfrozen. Sein Ablenkungsmanöver seither und das seiner Partei zeigen aber, dass sogar dies erfolgreich sein kann.

Warum also ist der Opfertrick in der aktuellen Politik gerade so wirksam? Er arbeitet mit Identifikation – kollektiv und individuell. Oder anders gesagt: Er hat für viele Wählerinnen und Wähler einen starken Wiedererkennungswert.

Sie sehen sich selbst und das Land gerne in einer Rolle darin. In gewisser Weise spiegeln sie sich. Das schafft Nähe zum Politiker. Aus dem gleichen Grund wird auch das Abschieben von Verantwortung in der Politik toleriert. Deshalb übernimmt Strache für das Gesagte im Video keine Verantwortung. Immer ist irgendjemand anderer schuld.

Beide „Tricks“ sind stark in der Gesellschaft verankert: Man fühlt sich ungerrecht behandelt – von wem auch immer – und schiebt die Verantwortung an andere ab. Ob ein Krankenhaus die Übernahme eines Notfalls vor seiner Tür verweigert und auf die nächste Rettung verweist; ob der Bürger in der Bürokratie im Kreis geschickt wird; ob Fehler in der Politik seit neuestem auf Mitarbeiter abgeschoben werden – das ist gängige Praxis.

Eine erfolgreiche politische Methode spricht das an, „was in den Wählern drin“ ist. Das sollte man bedenken!

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

**Zur Autorin:**  
Anneliese Rohrer ist Journalistin in Wien.  
[diepresse.com/rohrer](http://diepresse.com/rohrer)

**Am Montag in „Quergeschrieben“:**  
Eine Veranstaltung der Paneuropa-Union 1989 wurde zum Weg in die Freiheit. Heute sind die Grenzen wieder da. Von Gudula Walterskirchen

natürliche Landleben und die urigen Ureinwohner kommentieren, dann entfährt so manchem – natürlich hinter vorgehaltener Hand – ein „Bleibt's doch daham!“  
**Dr. Franz Bernreiter**, 4203 Altenberg

### Keine Preise nach Angebot und Nachfrage

„Wo gibt es bei Ärzten unbezahlte Reklamation?“, *Leserbrief von Christian Leydolt*, 13. 8.

Dr. Leydolt erklärt im Vergleich zu Handwerkern niedrigere Arzthonorare damit, dass Ärzte eben auch bezahlt werden, wenn Patienten nicht geheilt werden. Der Behandler schuldet aber juristisch lediglich eine fachgerechte Vornahme der Behandlung. Gut für alle, fände sich doch sonst für komplizierte oder unheilbare Krankheiten kein Arzt mehr.

Natürlich darf ein Blue Collar Worker in einer freien Marktwirtschaft mehr als ein White Collar Worker verdienen. Zum Glück für Patienten gibt es aber in der Medizin keine Preise nach Angebot und

Nachfrage. Ein durchschnittlich verdienender Österreicher könnte sich sonst in Grippezeiten eine ambulante Behandlung schwer, eine stationäre kaum mehr leisten.  
**Dr. Reinhard Kürsten**, 1010 Wien

### Im Auto fünfmal mehr gefährdet? – Falsch!

„Das Blech in unseren Köpfen“, *Gastkommentar von Helge Fahrnberger*, 14. 8.

Zu diesem im Grunde sehr klugen Kommentar möchte ich einige Gedanken hinzufügen:

„You have to deal with facts, not with fiction...“ – sehr frei übersetzt: „Wir leben in keiner idealen Welt“. Tatsache ist, dass Menschen Fehler begehen, zu schnell und unaufmerksam ihr Auto/Motorrad lenken. Tatsache ist, dass Radanhänger völlig ungeeignet sind, Kinder sicher zu transportieren.

Tatsache ist, dass Radfahrer und Fußgänger nun einmal die schwächsten Verkehrsteilnehmer sind. Es ist ein Wunschtraum, dass alles perfekt abläuft und sich jeder

immer an die Verkehrsregeln hält. Es ist ein Wunschtraum, dass keine Unfälle passieren.

Es ist richtig, dass jedes zweite im Straßenverkehr getötete Kind in einem Auto saß, aber nur jedes zehnte auf einem Fahrrad unterwegs war. Folglich ist ein Kind in einem Auto fünfmal mehr gefährdet zu sterben. Falsch, grober Rechenfehler! Um zu einem statistisch richtigen Ergebnis zu gelangen, müssen natürlich die Anzahl der beförderten Kinder und die gefahrenen km bzw. Stunden im/ auf dem jeweiligen Verkehrsmittel berechnet werden. Nun sieht die Gefährdung für die im Auto mitfahrenden Kindern schon viel geringer aus. Daher mein Appell an alle Eltern: Bitte setzt die Kinder dieser tödlichen Gefahr nicht mehr aus!  
**Dr. med. Christian Neumann**, 1190 Wien

### Schutz unserer Kinder an erster Stelle

Von den guten Debattenbeiträgen sticht der von Fahrnberger heraus.

Der von ihm aufgezeigten Perfidie, einer Mutter die Verwendung eines Fahrradanhängers medial zum Vorwurf zu machen, nachdem ihre Kinder darin getötet wurden, ist nichts hinzuzufügen. Er zeigt die Gefahren von Meinungsbildungsprozessen auf und stellt den wichtigen Appell, immer die richtigen Relationen zu suchen.

Richtig kann nur sein, was dem wesentlichen Kern unseres Menschseins gerecht wird. Der Schutz unserer Kinder und ihrer Familie steht unbedingt an erster Stelle. Damit sticht Fahrradanhänger eine fragwürdige Autosicht.  
**Erhard Petzel**, 5020 Salzburg

### Kleiner Chronist wurde von Irrtum heimgesucht

Zur „Kleinen Chronik“ vom 14. 8. Der (die, - in) Kleine Chronist ist von einem Irrtum heimgesucht worden. Am 15. 8. wird das Fest Maria Himmelfahrt und nicht das Fest Maria Heimsuchung gefeiert. Dieses Fest – Marias Besuch bei ihrer Cousine Elisabeth – wird am

2. Juli, später dann am 31. Mai begangen. Aller Grund zum Feiern, auch weil hier das Magnifikat, Marias großartiger Lobpreis Gottes, feierlich gesprochen wurde, später oft Anlass zu wunderbarsten Vertonungen durch große Meister.

Heimsuchung also nicht im Sinn des jetzigen vornehmlichen Wortverständnisses vom Schicksalsschlag oder Unglück, sondern im Sinne eines verwandtschaftlichen Besuchs.

**Dr. Josef Walchshofer**, 4020 Linz

### IMPRESSUM: DEBATTE

**Leitung:** Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.

**Twitter:** @media\_wall

**E-Mail:** [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

**Redaktion Leserbriefe:**

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

**E-Mail:** [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

**Debatte Online:** DiePresse.com/debatte

**Debattenbeiträge** müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

**Leserbriefe:** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die

Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.